



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Auch ihn hatte ein Zug in dieser Überlieferung berührt, und in seinem regen, scharfen Geiste hatte dann das Wort „Midasfinger“ ein helles Licht über eine ganze Reihe von Erscheinungen geworfen. Es reizte ihn etwas in diesem Titelblatt und in dem Anblick des jungen Mannes, den er schon gestern flüchtig auf der Galerie gegenüber gesehen hatte, dem hier aufgegangnen Problem nachzugehen, und während drüben Viktor mit dem Gefühle aufgestanden war, eben jetzt gelinge es mit dem Anfange gar nicht, er solle ein wenig in die frische Morgenluft und dann neu angeregt zurückkehren, ergriff der Architekt die Feder und beschrieb ein Blatt mit dem, was ihm gerade in das helle Licht der Midasfage gerückt war.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Verschiebungen. Nicht etwa eine Verschiebung im europäischen Konzert meinen wir. Hier ist alles von Anfang an so verschoben wie bei einem Knäuel ineinander verfahrner Droschken und Straßenbahnwagen, nur daß einen solchen Knäuel Kutscher zu lösen bemüht sind, während die europäischen Staatskarren nicht so glücklich sind, gleich dem Wagen Israels (2. Könige 2, 12) einen Lenker zu haben und nach dem Gesetz der Trägheit in ihrer Verbedderung dahin treiben, bis ein untoward event, vielleicht ein Massacre, bei dem großmächtige Gesandten oder Gesandtenfrauen umgebracht werden, den Knäuel lösen wird. Wir meinen das österreichische Abgeordnetenhaus, wo der Zusammenschluß aller staatszerhaltenden Parteien untereinander und mit dem Kabinett Wadeni gleich in der ersten Sitzung in die Brüche gegangen ist. Der Hecht im Karpfenteich, der Leben in die träge Masse gebracht hat, der polnische Sozialist Daszynski, ist von Jugend auf ein Schreckenskind aller Ordnungsleute gewesen. Er wurde 1866 als Sohn eines adelichen Bezirkskommissars geboren, als Sekundaner wegen Geheimbündelei vom Gymnasium fortgejagt, hat dann ein andres Gymnasium vollends absolviert, Philosophie, Rechtswissenschaft und Chemie studiert, diese in Zürich, hat dann in Rußland wegen revolutionärer Umtriebe sieben Monate gefessen und hat sich endlich seit sieben Jahren der Bauernbewegung in Galizien gewidmet, wo er in siebzehn von zwanzig politischen Prozessen freigesprochen und in dreien verurteilt worden ist. Solche Leute sind imstande, den Wurstlern Weine zu machen, und Graf Gleispach geht auch schon. Wie es offiziell heißt, wegen der für Böhmen und Mähren erlassenen Sprachenverordnung, wie andre Leute verbreiten, weil Wadenis Verhandlungen mit den Liberalen ohne Erfolg geblieben seien,*) aber der eigentliche Grund wird wohl der Satz sein, den Lueger bei der Verhandlung über die Freilassung Szajers dem Grafen ins Gesicht geschleudert hat: „Der Justizminister darf allerdings auf die Richter keinen Einfluß ausüben, wohl aber auf seine Beamten, zu

*) Beides mußte der Justizminister schon vor Eröffnung des Reichstags; was brauchte er sich, wenn dies der Grund seines Rücktritts war, erst noch einer drohenden Niederlage aussetzen?

denen der Staatsanwalt gehört, wenn sie die Gesetze verletzen. Er heißt nicht Justizminister, damit er das Recht unbeachtet lasse, sondern damit er ihm zum Durchbruch ver helfe."

Nachdem die Dringlichkeit der Freilassung Szajers einstimmig beschlossen und die polnische Wirtschaft des Ministerpräsidenten blamirt war, offenbarte sich dann beim zweiten Teile des Antrags Daszynski, wonach die strafrechtliche Verfolgung Szajers für die Dauer der Session eingestellt werden sollte, die Verschiebung. Für ihn traten alle radikalen Parteien ein, darunter — die in einem großen Teile der reichsdeutschen Presse als Ordnungsstützen hochgepriesenen Christlich-Sozialen; für den Antrag Bergelt*) dagegen, wonach diese Angelegenheit in einer Kommission beraten werden soll, stimmten mit den Polen, den Hochkonservativen, den Alexikalen und den Tschechen auch die Deutschliberalen, sodaß also, wenn die Scheidung definitiv wäre, die Deutschliberalen zur slawisch-Alexikal-feudalen Regierungsmehrheit,**) die Christlich-Sozialen samt den Schönerianern zur Opposition gehören würden, was deswegen recht komisch aussieht, weil sich bei den Wahlen die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten so wütend befehdet haben, und Lueger mit Badeni ein Herz und eine Seele zu sein schien; hat ihm doch gerade im Augenblick seines parlamentarischen Zusammenstoßes mit der Regierung der Strohmann Strobach den kurulischen Sessel geräumt, was darauf schließen läßt, daß ihm Badeni die Bestätigung zugesagt hat für den vollkommen sichern Fall seiner nochmaligen Wahl. Doch an eine definitive Gruppierung ist eben nicht zu denken. In dem vorliegenden Falle hatte Lueger zwei gewichtige Gründe, gegen die Regierung scharf vorzugehen. Erstens stand sein Ruf als Antisemitenführer auf dem Spiele. Die Anklage, die den galizischen Bauer Szajer ins Gefängnis geführt hat, lautet auf Majestätsbeleidigung, und diese soll er durch die Äußerung begangen haben, daß, wenn die Könige Krieg führen wollten, sie erst vor Rothschild einen Knix machen müßten. Dieser Zustand, bei dem man aber wohl voraussetzen hätte, daß das Wort Rothschild als ein etliche hundert Personen umfassender Gattungsnamen zu verstehen wäre, ist es doch eben, den Lueger zu bekämpfen die Pflicht übernommen hat, und er konnte unmöglich die Anekdote unerzählt lassen, an die vor einiger Zeit in den Grenzboten erinnert worden ist, und von der wir bei dieser Gelegenheit erfahren, daß sie sich in Wien ereignet haben soll; eine Wiener Frau Rothschild ist es nach Lueger gewesen, die gesagt hat: wenn es mein Mann nicht erlaubt, kann der Kaiser den Krieg nicht erklären. Dann aber hofft Lueger, die drei ruthenischen und die neun polnischen Bauernabgeordneten, die in den Sozialisten ihre nächsten Gefinnungsverwandten sehen, für seine Partei zu gewinnen. Also Lueger hatte diesmal seine besondern Gründe, wobei allerdings anerkannt werden muß, daß er schon im alten Hause die Beschwerden der polnischen und ruthenischen Bauern gegen die Regierung tapfer unterstützt hat. Andererseits fehlt es den Liberalen nicht an Berührungspunkten mit den Sozialdemokraten. Abgesehen von der gemeinsamen Feindschaft gegen die Kirche und gegen die Antisemiten bildet — so wunderbar das klingt — die Auffassung vom Staatsrecht ein Band. Nachdem in der Eröffnungsitzung die Tschechen ihre herkömmliche Rechtsverwahrung übergeben hatten, worin sie die Anerkennung der „Staatsrechte des Königreichs und der Krone Böhmens“ fordern, verlasen die „sozialdemokratischen Abgeordneten tschechischer Nation“ eine Erklärung, worin es heißt: „Als pflichtbewußte Vertreter des

*) Dieser Antrag wurde mit 263 gegen 108 Stimmen angenommen.

**) Warum sind die Liberalen, wenn es wahr ist, daß sie die dargebotne Hand Badenis zurückgewiesen haben, bei dieser Abstimmung nicht auf die Seite der Opposition getreten?

tischehischen Volkes und als Sozialdemokraten stehen wir mit den andersnationalen Sozialdemokraten Österreichs auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Nationen. Wir protestieren in unsrer Eigenschaft als Tschechen und Sozialdemokraten gegen die Ausgrabung vergilbter historischer Privilegien und Dokumente (lebhafter Widerspruch bei den Jungtschechen). Wir sind Söhne unsrer Zeit und verlangen für uns und für alle Nationen Österreichs moderne Institutionen." Daß die Sozialdemokraten den Deutschliberalen die Fahne mit den modernen Institutionen und dem Protest gegen die Ausgrabung vergilbter Privilegien und Dokumente weggenommen haben, verursacht der Neuen Freien Presse bitteren Schmerz. Die Deutschliberalen sind gleich ihren reichsdeutschen Gesinnungsverwandten, den Nationalliberalen, eine zentralistische, bürokratenfreundliche Partei und voll heftiger Abneigung gegen alles Mittelalterliche, und wie bei den Wiener Wahlen, so werden sie es auch im Abgeordnetenhaus bei Kirchen-, Schul- und Verfassungsfragen nicht vermeiden können, auf die Seite der Sozialdemokraten zu treten. So ist also zwar noch keine endgiltige Verschiebung eingetreten, aber die vierundzwanzig oder fünfundzwanzig Schattirungen sind so gründlich unter einander gequirlt worden, daß Badeni das impera doch nicht so leicht haben wird, wie wir es uns vor acht Tagen vorgestellt hatten, und eben, da wir dieses schreiben, kommt die Nachricht, daß er samt seinem ganzen Kabinett die Dimission eingereicht hat; die Germania jubelt: der letzte Versuch, mit den Liberalen zu regieren, sei gescheitert, nun müsse ein „christliches“ Ministerium kommen.*)

Nicht allein die Sozialdemokratie, die katholische Kirche und das Kapital, sondern noch verschiedene andre Dinge sind heute international, und keiner der großen Kulturstaaten kann sich von Strömungen in den andern ganz unberührt erhalten. Es wird nicht mehr länger angehen, daß die reichsdeutsche Presse aus Dreibunds- oder andern Rücksichten die polnische Wirtschaft Badenis mit dem Mantel diplomatischer Schweigsamkeit verhüllt, und vielleicht wird sie demnächst auch Herrn Crispi, von dem wieder ein Stück schmutzige Wäsche gewaschen wird, fallen lassen müssen; die Panamiten, deren schmutziger Pelz jetzt wieder einmal gewaschen werden soll, ohne daß man ihn naß macht, hat sie wohl überhaupt nicht in Schutz zu nehmen gewagt. Denkenden braucht nicht weitläufig erklärt zu werden, warum es gefährlich ist, wenn anrühige Personen des Auslands deswegen in Schutz genommen werden, weil sie in ihrem Staate als Ordnungsstützen gelten. Die Rückschlüsse auf die Heimat bleiben nicht aus, und wenn auch unser Beamtenstand hoch über dem französischen und österreichischen und turmhoch über dem italienischen steht, und die Fälle von Gründungsschwindel und Durchsteckereien, die auch bei uns vorgekommen sein mögen, Lappalien sind im Vergleich mit denen in andern Staaten, so sind wir doch auch nicht durchweg Engel, und es ist nicht klug, das Schicksal und das Gericht herauszufordern, wie soeben Herr von Kardorff mit seiner übertriebenen Gewissenhaftigkeit in Sachen der Reichsverfassung zu seinem Schaden erfahren hat. Zu einer Verschiebung in unsern Parteiverhältnissen wird freilich nicht so bald ein Anstoß von außen führen, denn die sind schon zu starr geworden; es handelt sich bei uns vorläufig immer nur um nicht allzu bedeutende Zu- und Abnahmen der bestehenden Parteien und um kleine Abspaltungen. Die konservative Partei hat durch die Antisemiten und die Christlich-Sozialen einige

*) Nach der Frankfurter Zeitung hätte sich Badeni durch die Rücksicht auf Ungarn gezwungen gesehen, statt der ihm seelenverwandtern Klerikalen die Liberalen zum Kern seiner Majorität zu wählen. Die durch die kaiserliche Entscheidung bereits beendigte Krisenkomödie ist nicht so wichtig, daß es sich lohnte, über ihre Ursachen zu grübeln.

kleine Verluste erlitten, und sie würde jetzt vielleicht die Zünftler verlieren, wenn diese nicht zu schwach wären, eine eigne Partei zu gründen, und wenn sie wüßten, wo sie sich sonst hinwenden sollten; denn selbstverständlich lassen sich diese Herren mit dem ihnen angebotnen freiwilligen Zwange nicht befriedigen. Es macht Herrn Jakobskötter alle Ehre, daß er sich, auf die Gefahr hin, von seinen Wählern in den Bann gethan zu werden, wenigstens bis zum Regierungsstandpunkte durchgearbeitet hat. Die Konservativen hatten zu wählen, ob sie es mit den Zünftlern verderben oder in einer sie nicht unmittelbar berührenden Angelegenheit der Regierung Opposition machen sollten, und sie haben das erste gewählt und sich auf Jakobskötters Standpunkt gestellt. Ein wirkliches Verständnis für die Handwerkerfrage wird man von den Großgrundbesitzern kaum verlangen können. Wir haben einen Grafen gekannt, der das verkörperte Ideal eines echten Edelmanns, eines gläubigen Christen, eines warmherzigen, feinfühlenden Menschenfreundes, eines stets hilfsbereiten Vaters und Wohlthäters seiner bäuerlichen Unterthanen war, und der einem armen Schneider zürnte, weil dieser ihm nach Ablauf des Jahres die Rechnung vorzulegen wagte, eine Rechnung, die etwa hundert Thaler Auslagen enthielt. Das einzige Wort in der ganzen Handwerkerdebatte, das aufgezeichnet zu werden verdient, war das des Abgeordneten Pachnide: „Wollen Sie [die Herren auf der Rechten] den Handwerkern helfen, dann kaufen Sie ihnen recht viel ab, und vor allem bezahlen Sie recht pünktlich.“

Die Handwerkerfrage im Reichstage. Der die freiwilligen Zwangsimmungen behandelnde Gesetzentwurf, dessen wir schon im vorigen Hefte kurz gedacht haben, hat inzwischen die erste Lesung im Reichstage durchgemacht und ist dem für den alten, sogenannten Bötticherschen, Entwurf über Handwerkerkammern noch bestehenden Ausschuß zur Vorberatung überwiesen worden. Die dreitägige Besprechung im Reichstage war der Vorlage würdig: ebenso oberflächlich, ebenso kurzfristig, ebenso langweilig. Wie zu erwarten war, hat das Centrum den Hertlingschen Standpunkt von 1880, den wir neulich gekennzeichnet haben, schroff verleugnet. Jetzt ist Herr Hitze der nationalökonomische Worthalter der römischen Fraktion im deutschen Parlament und ihm ist das, was Hertling verdammt, gerade das wertvolle am Entwurf: der Charakter der Abschlagzahlung, der Anreiz zur weiteren Agitation. Auch daß die konservative Partei den Entwurf nicht von der Hand weisen würde, war klar. Der Lärm der Zünftler, denen sie gefällig sein will, über das geringere Maß von Zunftzwang und Zunftvorrechten, das die Bundesratsvorlage im Vergleich zur preußischen bietet, war eitel Spiegelfechterei. Für die Zünftler ist das mutige Zurückweichen unsrer starken Regierung Schritt für Schritt das beste, was sie sich wünschen können, und das schlimmste für sie wäre, wenn ihr ganzes demagogisches Programm mit einemmale Gesetz würde, und wenn ihnen dabei zur Pflicht gemacht würde, nun nicht mehr zu lärmen, sondern fruchtbar für das Handwerk zu schaffen, bei strenger Strafe! Daß es die Regierung, wenigstens die preußische, mit der Ablehnung des Prüfungszwanges ernst meine, das glaubt trotz aller Erklärungen, wie die Reichstagsverhandlungen deutlich gezeigt haben, niemand mehr, und man scheint überhaupt nicht mehr geneigt zu sein, am Regierungstische feste, selbständige Überzeugungen voranzusetzen. Nur der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat als Vertreter der verbündeten Regierungen das Wort genommen, da der württembergische Bevollmächtigte, als ers nehmen sollte, das Lokal verlassen hatte. Der Herr hat übrigens ganz recht gethan; soviel auch Deutschland und Preußen in der Handwerkerfrage von Württemberg lernen sollte, wer nicht lernen will, dem nützt auch die schönste Rede

nichts. Der preußische Minister Bresfeld meinte, daß in den Listen der Gewerbetreibenden, die ja die Landesbehörden dank der Anmeldepflicht haben, eine leichte und verständige Lösung der Frage zu finden sei, wer darüber abzustimmen habe, ob Innungszwang in einem Gewerbebezirk und Bezirke eingeführt werden solle oder nicht. Aber da diese Listen die Handwerkereigenschaft der Angemeldeten gar nicht und den Handwerkszweig nicht mit der in diesem Falle nötigen Bestimmtheit zu enthalten pflegen, so bleibt der Willkür einerseits und den Beschwerden, dem Zank und Streit andererseits durch diese schablonenhafte Lösung immerhin Thür und Thor geöffnet. Der Minister hat dann an der Vorlage besonders gerühmt, daß sie das bringe, oder doch zum Teil — wohl auf Abschlag — bringe, „wonach das Handwerk seit fünfzig Jahren vergeblich gestrebt“ habe. Wahr ist es freilich, daß das heutige Zünftertum ganz auf dem Boden der damals schon unmöglichen Handwerkerbestrebungen von 1848/49 steht, daß es einfach die Fortsetzung jenes alten Zünftertums ist, trotz aller wohl berechneten Verwahrungen dagegen. Wenn der preußische Minister das gewissermaßen offiziell anerkannt und festgelegt hat, so ist das wertvoll; aber daß er sich dabei selbst, wenn auch nur teilweise, zu diesem Standpunkt von 1848/49 bekennt, zeigt leider deutlich, daß die Verlepische Erbschaft auf diesem Gebiete ohne die gebotene Vorsicht angetreten hat. Jedenfalls hat er damit der zünftlerischen Agitation einen neuen, verhängnisvollen Anreiz gegeben. Das wird auch nicht wett gemacht durch das offene Eingeständnis des preußischen Ministers, daß die süddeutschen Regierungen eine bessere Handwerkspolitik getrieben hätten. Sie hätten sich, meinte er, mehr um das Handwerk bekümmert als die preußische Regierung, und dadurch mit Hilfe der Gewerbevereine gutes geschaffen und das Handwerk vor Verkümmern gerettet. Süddeutschland habe es tatsächlich zuwege gebracht, daß es dort keine Handwerkerfrage gebe. Das ist nun freilich zuviel gesagt, die Handwerkerfrage giebt es auch in Süddeutschland; auch in Württemberg, Baden, Hessen, selbst in der Schweiz ist sie da. Nur der Zunftgeist ist in Württemberg, Baden, Hessen dank der gesunden Gewerbepolitik der Regierungen überwunden, mehr fast als in der Schweiz, viel mehr als in Preußen, obwohl dort die Zunftverfassung fünfzig Jahre früher gebrochen worden ist als im Süden. Woran liegt dieser Unterschied? Nun genau an dem, was in der heutigen Vorlage als Unterschied zwischen Nord und Süd zu Tage tritt: die preußische Regierung treibt Handwerkspolitik seit 1849 nur durch neue Gesetzesparagrafen, die süddeutschen Regierungen durch praktisches Zugreifen in fruchtbarer Zusammenarbeit mit Industrie und Kleingewerbe. Wir haben im Heft 29 des vorigen Jahrgangs bei einer Besprechung der Aufgaben des preußischen Handelsministers nachdrücklich auf die Fehler hingewiesen, die der von Herrn Bresfeld damals eben angetretenen Erbschaft in Sachen der Handwerkerfrage anhaften, und ihn dringend gebeten, bei Süddeutschland in die Schule zu gehen. Die Gesetzmacherei hat seit 1849 in Preußen den Handwerkern keinen Pfifferling genützt, sie vielmehr von gesunder Selbsthilfe abgehalten. Nur dem Zunftgeist hat die Regierung immer wieder künstlich zum Leben verholfen, ein wirkliches Innungsleben, ein fruchtbares Vereinsleben für das Handwerk überhaupt wach zu rufen, ist man in den preußischen Regierungskreisen, wenigstens im Osten, seit 1849 völlig unfähig geworden, vom Minister herunter bis zum Landrat. Warum, muß man immer wieder fragen, hat man sich in Preußen nicht dazu verstanden, und warum kann man sich auch heute noch nicht dazu verstehen, für jede Provinz, wenn nicht für jeden Regierungsbezirk eine Zentralstelle für Handel und Gewerbe, oder wie man sie nennen will, nach süddeutschem Vorbild zu errichten? Empfindet es Herr

Bresfeld wirklich noch nicht, daß es ihm, wie wir bei seinem Amtsantritt betonten, in den Provinzen, in den Regierungsbezirken und vollends in den Kreisen und größeren Stadtgemeinden ganz und gar an eignen und geeigneten Organen für ein dauerndes Zusammenarbeiten mit den Erwerbsständen und ihren Vereinigungen fehlt? Vielleicht können die Kommissarien bei den zu bildenden Handwerkerkammern mit der Zeit dem Mangel etwas abhelfen, vielleicht kann sich auch in Preußen in diesen Körperschaften mit der Zeit ein ähnlich verständiges Zusammenarbeiten von Beamtentum und Bürgertum entwickeln, wie man es in Süddeutschland schon lange hat. Vorläufig fehlt dazu den preußischen Verwaltungsbeamten im Osten noch jeder Verstand, jede Fähigkeit, und wir fürchten sehr, daß die Herren Kommissarien bei den Handwerkerkammern ein über Prinzipien- und Statutenfragen hinausgehendes Interesse noch sehr lange gar nicht bethätigen werden. Das ist nun einmal die gewerbepolitische Überlieferung des altpreußischen Beamtentums, und ehe Herr Bresfeld mit dieser Schule in seinem Ressort nicht aufräumt, kann und wird es nicht anders werden. Auch damit ist nicht geholfen, daß der preußische Minister größere materielle Aufwendungen für das Handwerk in Aussicht stellt. Freilich hat man es auch darin in Preußen bisher so gut wie vollständig fehlen lassen, wenigstens wenn man die Aufwendungen für das Gewerbe mit denen für die Landwirtschaft vergleicht. Aber Geldmittel allein thuns nicht mehr im Handwerk. Hier kommt heute alles auf die praktische, verständnisvolle, volkkundige, anregende, auch wohl leitende Mitarbeit geeigneter Persönlichkeiten an. Sie werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Handwerk selbst schwer genug zu finden sein. Die Zunftagitatoren sind leider zum Teil das Gegenteil davon. Deshalb muß der Beamte voran, im Osten vor allem der Bürgermeister, aber auch der Landrat, der Gewerberat. Es hilft alles nichts: das Handwerk im Osten kommt mit der idealen Selbstverwaltung nicht mehr auf die Strümpfe.

Es war bei dieser Sachlage ganz interessant, wie der Räder von Staat und seine aktive Fürsorge für das Handwerk im Reichstage behandelt wurde. Es ist unglaublich, welche Verwüstung das Schlagwort Selbstverwaltung auch hier wieder in der Denkfähigkeit unsrer Reichsboten anrichtete. Das Zünftlerium macht natürlich den ausgiebigsten Gebrauch von diesem Schlagwort, heute wie vor vierhundert Jahren, als die Reichs- und Fürstengewalt den Kampf gegen die Zunftwirtschaft aufnahm. Das Verhalten des Meisters gegen Gesellen und Lehrlinge, das Verhalten der Innung gegen den jungen Konkurrenten, der sich niederlassen will, wozu möglich auch gegen die Kunden, die Konsumenten, wie man zu sagen pflegt, das alles soll nach zünftlerischen Überzeugungen der unantastbaren Selbstverwaltung, nicht etwa aller Interessenten, nein einer schroff einseitig interessierten Partei überlassen werden, der Selbstverwaltung der Meister, die gerade die Zunft bilden. Will man denn nicht endlich einsehen, daß diese Selbstverwaltung nichts weiter bedeuten würde, als die alte niederträchtige Zunftwirtschaft der schlimmsten Zeit in neuer verschlimmelter Auflage? Herrscht nicht heute der rücksichtslose materialistische Eigennuß noch viel mehr in den Meisterkreisen als vor vierhundert, vor dreihundert Jahren? Und doch waren die konservativen wie die römischen Reichstagsabgeordneten einig in der Abwehr der Staatsaufsicht und des Staatseinflusses auf die neue Handwerksorganisation. Mit köstlicher, vielleicht gar nicht beabsichtigter Ironie überließen sie die Vertretung dieses Teils des Zunftprogramms besonders dem Freisinn. Wenn es gilt, dem Staate den Einfluß zu rauben, da ist das Häuflein der freisinnigen Invaliden immer noch Feuer und Flamme, und wäre es auch zu Gunsten der Zunft. Herr Hitze hatte ganz Recht, wenn er unter Hinweis auf die

unvollständige Selbstverwaltung der Zünfte die Hoffnung aussprach, daß es die „linke Seite“ wohl übernehmen würde, diese „polizeilichen Schikanierungen“ aus der Vorlage zu entfernen. Möchten wenigstens darin die verbündeten Regierungen unerbittlich festbleiben. Gerade in der Frage, auf die in der Vorlage das Hauptgewicht gelegt wird, in der Lehrlingsfrage, ist mit der Selbstverwaltung der Zünfte nicht gedient. Das Bewußtsein, daß es die heilige Pflicht des Lehrherrn ist, den Lehrling dahin zu bringen, daß er sich sein Brot einmal als tüchtiger Handwerker selbst verdienen kann, ist in den Meisterkreisen fast ganz verloren gegangen. „Man soll seinen Feind nicht selber erziehen.“ sagte ein ehrlicher Schneidermeister aus Baiern vor der Kommission für Arbeiterstatistik zur Erklärung seiner Abneigung, Lehrlinge anzunehmen. In Norddeutschland, in Preußen steht es damit eher schlimmer als besser, auch im „organisierten Handwerk.“ Einzelne Ausnahmen, die wir wohl kennen, bestätigen nur die Regel. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß eine vom modernen Zunftgeist befreite „Organisation“ von Meistern der schlechten Lehrzucht ein Ende machen werde. Hier kann nur Zwang und strenge Aufsicht von Staats wegen, oder wie wir nicht im Gegensatz dazu, sondern ergänzend sagen müssen, von Gemeinde wegen helfen. Abschluß der Lehrverträge, Eintragung der Verträge beim „Magistrat“, Fürsorge für die „Zungen“ in der Werkstatt, in der Fortbildungsschule und im Hause durch unparteiische, die idealen Ziele der Gesamtheit vertretende Gewalten, Freisprechung, vielleicht auch Prüfung vor der öffentlichen Stelle, das sind auch heute noch die Forderungen, die in der Lehrlingsfrage voranstehen. Werden sie erfüllt, dann können die Zünfte mit gesunder Selbstverwaltung viel helfen und nützen, andernfalls werden sie nur schaden und verderben.

Die Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten. Als in den Vereinigten Staaten Nordamerikas der Wahlkampf tobte, hatte eine einzige Frage alle andern Fragen zurückgedrängt. Gut Geld lautete auf der einen Seite die Losung, während auf der andern Seite der Plan der Geldverschlechterung mit allerlei schönen Phrasen verbrämt wurde. Unter den Politikern und Wählern aber, die für die Goldwährung eintraten, befanden sich viele, die den Kandidaten dieser Partei nur als das kleinere Übel betrachteten. Sie wählten ihn, obgleich sie mit vielen seiner Ansichten nicht einverstanden waren, dennoch aus dem Grunde, weil sie von dem Sieg seines Gegners noch schwereres Unheil befürchteten. Es hat sich denn auch bald genug herausgestellt, daß der Sieg des „gesunden Geldes“ nicht auch zugleich den Sieg einer gesunden Wirtschaftspolitik bedeutet. Der neue Präsident hat alsbald, nachdem er zur Macht gelangt ist, keinen Zweifel daran gelassen, daß er den Neigungen seines Herzens folgen wird. Es war bekannt, daß Mac Kinley nur ein überzeugter eifriger Anhänger der Goldwährung gewesen ist, daß er der Schutz Zollfrage viel mehr Bedeutung beilegte als der Währungsfrage, zum Eintreten für die Goldwährung erst gedrängt werden mußte und der Währungsfrage nur deshalb einen so hervorragenden Platz im Parteiprogramm einräumte, weil er in diesem Anpassen an die öffentliche Meinung, diesem entschiedenen Parteiergreifen in einer brennenden Tagesfrage, einen Vorteil für sich sah. Durch diesen Kampf um die Währungsfrage wurde während der Vorbereitung auf die Wahlen die Schutz Zollfrage zurückgedrängt. Nun aber, da der Währungskampf zu Gunsten der Goldfreunde entschieden ist, tritt die Schutz Zollfrage wieder mehr in den Vordergrund und wird für die nächste Zeit viel mehr praktische Bedeutung gewinnen als die Währungsfrage. Und Mac Kinley trägt kein Bedenken, das Vertrauen der

Politiker zu täuschen, die zwar nur notgedrungen für ihn eintraten, aber doch wohl erwarten mochten, daß sie ein klein wenig Dank ernten würden. Durch den Kampf um die Währungsfrage haben sich die alten Parteiverhältnisse verschoben. Der Gegensatz zwischen Republikanern und Demokraten ist zurückgetreten vor dem zwischen Goldfreunden und Silberfreunden. So mächtig aber ist drüben die wirtschaftliche Selbstsucht geworden, daß die Anhänger einer verständigen, gesunden Wirtschaftspolitik nicht die Mehrheit im Volk erlangen konnten, daß sie den Schutzzöllner Mac Kinley wählen mußten, um nur die Goldwährung zu retten. Von den beiden Formen des Protektionismus, Doppelwährung und Schutzzoll, ist nur die eine zu Falle gebracht worden, während die andre kühn ihr Haupt erhebt.

Nicht einmal in der Währungsfrage kann Mac Kinley als ganz sicher gelten, was freilich für die praktische Wirtschaftspolitik zunächst keine große Bedeutung hat. Die Bimetallisten, die es verstehen, Niederlagen ihrer Partei als Siege zu deuten, fanden auch nach den amerikanischen Wahlen alsbald heraus, daß sie gar nicht geschlagen seien. Denn nur der nationale Bimetallismus, behaupteten sie, sei zu Fall gekommen, während der internationale, den sie doch eigentlich herstellen wollen, nach den amerikanischen Wahlen die besten Aussichten habe. Für diesen sei auch Mac Kinley, der in seinem ersten Wahlprogramm seine hierauf bezüglichen Ansichten ausgesprochen habe. Dies ist zwar richtig, aber der internationale Bimetallismus ist ein Phantasiegebilde, das den Regierungen, die es mit den Bimetallisten nicht ganz verderben möchten, dazu dient, diese Partei bei guter Laune zu erhalten. Etwas anderes hat es auch schwerlich zu bedeuten, daß Mac Kinley schon einen Führer ausgestreckt hat, um zu erfahren, wie man in den maßgebenden Kreisen der alten Welt über die Einführung der internationalen Doppelwährung denkt. Alle, die sich um die Sache bekümmert haben, wissen nachgerade, wie es mit diesen „Anregungen,“ diesen Bemühungen, die es höchstens zu ganz erfolglosen Konferenzen mit langatmigen Verhandlungen bringen, geht. Man gönnt andern den Silbersegen, aber man will selbst davon verschont bleiben. Man erklärt den Bimetallisten: „Ja, wenn die andern nur wollten, wir wären gleich bereit,“ aber man denkt über die Sache genau eben so wie diese andern. Der amerikanische Wahlkampf war gerade deshalb so lehrreich, weil die Bimetallisten eine Kraftprobe anstellten. Weil ihnen die Zeit zu lang wurde, auf die immer wieder hinausgeschobne Einführung der internationalen Doppelwährung zu warten, versuchten sie unter der energischen Führung des Stürmers Bryan, dem nationalen Bimetallismus die gesetzgeberische Macht zu verschaffen. Aber es zeigte sich, daß, je näher die Entscheidung heranrückte, die Wähler um so mehr Angst vor der ihnen zgedachten Wohlthat bekamen. Und es würde wahrscheinlich ebenso gehen, wenn bei uns oder anderswo an die Regierungen und die Wähler ernstlich die Frage heranträte, ob sie mit dem Silbersegen beglückt werden wollen. Von dem Standpunkt einer gesunden Wirtschaftspolitik aus hat die internationale Doppelwährung keinen Vorzug vor der nationalen. Aber es hält natürlich noch schwerer, die Regierungen und Volksvertretungen sämtlicher Länder auf die Bahn des Unvernünftigen zu drängen, als die erhitzen, leidenschaftlich erregten Wähler eines Landes, dessen Bewohner durchweg keine hohe politische Bildung haben.

Die gesunde Vernunft ist nicht so altersschwach geworden, daß sie ganz und gar den Platz räumen müßte. Aber sie hat allerdings seit langer Zeit schon den Vertretern der wirtschaftlichen Unvernunft bedenkliche Zugeständnisse gemacht. Und damit scheint es noch lange nicht vorbei zu sein. Daß, nachdem die mit dem Hochschutzzollsystem gemachten übeln Erfahrungen zur Ermäßigung der Zölle Anlaß ge-

geben haben, dennoch die Schutzollbewegung wieder erstarken kann und das Drängen auf Zollerhöhung bei den Regierungen Entgegenkommen findet, ist ein Zeichen einer bedauerlichen Schwäche gegenüber der wirtschaftlichen Selbstsucht und der Partei-leidenenschaft. Es ist vorauszusehen, daß wir bei dem Erstarken solcher Neigungen hüben und drüben in wirtschaftliche Kämpfe hineintreiben, die dem Wohlstande beider Länder, Deutschlands wie der Vereinigten Staaten, Wunden schlagen werden. Wie immer Mac Kinley von Schutzöllnern und Großkapitalisten abhängig sein mag, es ist doch klar, daß die Bestrebungen unsrer Schutzöllner den amerikanischen Gesinnungsgegnossen Wasser auf die Mühle liefern. Schutzöllnerische Weisheit ist es bekanntlich, daß man in dem Bestreben, künstlich die Ausfuhr zu fördern und die Einfuhr zu hemmen, einander gegenseitig zu überbieten suchen solle. Neuerdings hat es sich namentlich in der Zuckerfrage gezeigt, zu welchen Thorheiten dies Bemühen führt. Aber die Schutzöllner sind unbelehrbar.

Das Erstarken der wirtschaftlichen Selbstsucht drängt das Gefühl der Gerechtigkeit gegen die untern Volksklassen zurück. Das zeigt sich auch in Amerika. Bryans Programm hatte trotz seiner Wunderlichkeiten einen gesunden Kern. Er wollte den Trusts zu Leibe gehen und versprach wirtschaftliche Reformen. Die Doppelwährung aber ist ein ganz verfehltes wirtschaftliches Heilmittel, und Bryan erregte Mißtrauen durch den offenbaren Sozialismus seines Programms. Mac Kinley nimmt die ungerechte Ausbeutung in Schutz. Darum wird aber auch das Drängen auf Reformen nicht nachlassen, und schließlich wird doch die Gesetzgebung diesem Drängen nachgeben müssen, wenn man nicht die Gefahr des Umsturzes der Gesellschaftsordnung heraufbeschwören will. Die Besitzenden sind durch den letzten Wahlkampf gewarnt; vorläufig freilich scheinen sie die Warnung nicht zu beachten.



Litteratur

Fürst Bismarck und der Bundesrat. Von H. von Poschinger. Erster Band. Der Bundesrat des Norddeutschen Bundes. Stuttgart und Leipzig, Deutsche Verlagsanstalt 1897, XII und 350 S.

Der Verfasser bietet keine zusammenhängende Darstellung seines Gegenstandes, sondern ein reiches, authentisches Quellenmaterial zu einer solchen, zu der zwar die noch nicht veröffentlichten Verhandlungen des Bundesrats nicht gehören, wohl aber eine Menge anderer Drucksachen, Zeitungsberichte, Briefe und eigne Erfahrungen, da Poschinger seit 1876 in demselben Hause mit dem Bundesrate gearbeitet hat. Die Einleitung des vorliegenden ersten Bandes behandelt die Entstehung des Bundesrats vom 13. Dezember 1866 an, an dem Graf Bismarck, zwei andre Entwürfe der Bundesverfassung (von Max Duncker und Savigny) kurzweg beiseite schiebend, „aus dem Kopfe“ Lothar Bucher die entscheidenden Abschnitte über Bundesrat, Bundespräsidium und Reichstag diktirte, bis zum 17. April 1867, wo er die Annahme der Bundesverfassung durch die Regierungen mitteilte. Ein eigen- tümliches Leben erhält dieser Abschnitt durch die Briefe des herzoglich anhaltischen Bevollmächtigten C. Fr. F. Sintenis an seine Angehörigen, Schreiben voll der